



MITTELSTAND IN RUSSLAND DER PAPST UND RUSSLAND EINE STALIN-RENAISSANCE?

■ Analyse	Mittelständische Wirtschaft im Putinschen Russland. Alexander Tschepurenko, Moskau	2
■ Tabellen und Grafiken zum Text	Die wichtigsten Daten der mittelständischen Wirtschaft Russlands, Januar – September 2004	5
■ Kommentar	Rom und die orthodoxe Kirche in Russland. Thomas Bremer, Münster	9
■ Umfrage	Tod und Begräbnis Johannes Pauls II.: Die Reaktion in Russland	10
■ Dokumentation	Droht eine Stalin-Renaissance?	12
■ Chronik	Vom 14. bis zum 21. April 2005	18
■ Lesehinweis	Inhaltsverzeichnis von Osteuropa Heft 4–6 April–Juni 2005	19

Analyse

Mittelständische Wirtschaft im Putinschen Russland

Alexander Tschepurenko, Moskau

Zusammenfassung

Etwa 880–950.000 kleine Unternehmen und schätzungsweise 4 bis 4,5 Mio. Ein-Personen-Unternehmen bilden seit den neunziger Jahren den Grundstock der mittelständischen Wirtschaft in Russland. Gemessen an der Gesamtbevölkerung – 145,2 Mio. Personen – ist das allerdings noch eine recht bescheidene Zahl. Trotzdem hat die mittelständische Wirtschaft beachtliche Umsätze in Bereichen wie Handel, Dienstleistungen (einschließlich Telekommunikation), Baugewerbe und Verkehrswesen zu verzeichnen. In diesen Branchen betrug der Anteil der Kleinunternehmen bereits 2002 zwischen 20 und 30%, im Großhandel sogar fast zwei Drittel. Eine mögliche Erklärung für das Wachstum von Klein- und Mittelunternehmen in Russland ist, dass die etwas milder gewordene Besteuerung zu einer fortschreitenden Legalisierung von vielen der zuvor in der Schattenwirtschaft abgewickelten Tätigkeiten der KMU geführt hat. Ob die Ergebnisse des Jahres 2003 eine positive Wende markieren, wird in vieler Hinsicht davon abhängen, wie die Wirtschaftspolitik konzipiert und realisiert wird.

Kleinunternehmen – der Grundstock der russischen Wirtschaft

In den letzten Jahren wurde – aus verständlichen Gründen – der Situation des Großunternehmertums (Stichwort „Oligarchen / der Fall JUKOS“) große Aufmerksamkeit geschenkt. Doch die russische Wirtschaft besteht nicht allein aus Mammutbetrieben der sozialistischen Zeit oder neu entstandenen Holdings und Konzernen. Die „untere Ebene“ der russischen Ökonomie besteht aus Existenzgründern, Ein-Personen-Unternehmen und Firmen mit höchstens 100 Beschäftigten (Industrie und Baugewerbe). Dabei sind die Firmen in den meisten Branchen sehr viel kleiner und verfügen nur über 30 bis 60 Beschäftigte. Nach den statistischen Angaben, gab es seit Mitte der neunziger Jahre immer ca. 880–950.000 kleine Unternehmen, die den Grundstock der mittelständischen Wirtschaft in Russland ausmachten. Dazu kamen noch schätzungsweise 4 bis 4,5 Mio. Einzelunternehmer. Gemessen an der Bevölkerung des Landes – bei der Volkszählung 2002 145,2 Mio. Personen –, ist das allerdings eine recht bescheidene Zahl.

In der Tat wird die Entwicklung der mittelständischen Wirtschaft in Russland durch eine Reihe von Strukturdefiziten behindert

- die wichtigsten Märkte – u.a. Arbeitsmarkt, Kapitalmarkt, Immobilienmarkt – sind nicht vollständig ausgebildet;
- die primitive Struktur der Wirtschaft, mit einem sehr niedrigen Anteil an verarbeitendem Gewerbe und Innovationen (Stichwort ‚Pipeline-economy‘);
- das Regime einer „gesteuerten“ Demokratie;

- die hohe Korruption und dadurch verursachte administrative Hürden bei Markteintritt und –austritt, Kontrollen etc.;
- die eher bescheidene Zahlungskraft von großen Teilen der Bevölkerung.

Allerdings hat sich in letzter Zeit im Zuge des nachhaltigen BIP-Zuwachses und steigender Nachfrage auf dem Binnenmarkt die Situation der mittelständischen Wirtschaft etwas verbessert.

Die wirtschaftliche Leistung des Mittelstands – statistische Daten

Den Daten des russischen Statistischen Dienstes (Rosstat, vormals Goskomstat) kann man entnehmen, dass das Jahr 2003 einen Wendepunkt in der Geschichte des post-sowjetischen Kleinunternehmertums markierte (die Daten für das Jahr 2004 sind z. Zt. noch nicht gewichtet). So machte allein im Jahre 2003 der Zuwachs von Produktion und erbrachten Dienstleistungen in diesem Sektor 33,2% aus, in einzelnen Branchen war er deutlich höher: z.B. betrug er beim Tourismus 116,8%, bei Eisenbahncargodienstleistungen 90% und in der Baubranche 68,9%.

Diese bemerkenswerten Leistungen wurden beileibe gleichbleibender oder leicht zunehmender Beschäftigung erbracht – insgesamt wuchs die Beschäftigungsrate (Angaben für Haupterwerbstätigkeit) um 8,0%, in den oben genannten Branchen aber auch deutlich weniger als die Wachstumsrate: in der Tourismusbranche um 21,1%, bei Eisenbahnunternehmen gab es einen Rückgang von 11%, bei kleinen Bauunternehmungen stieg die Beschäftigungsrate um 27,5% an.

Es liegen zwar noch keine synthetischen Angaben wie z.B. zum Anteil am BIP etc. vor, aber allein

aufgrund des Vergleichs mit der Wachstumsrate der Wirtschaft insgesamt, die 2003 bei ca. 7% lag, und aufgrund der oben angegebenen Daten für Kleinunternehmen kann man unterstellen, dass die makroökonomische Bedeutung der KMU deutlich zugenommen hat. Die mittelständische Wirtschaft in Russland hat bereits jetzt nennenswerte Umsätze in Bereichen wie Handel, Dienstleistungen (einschließlich Telekommunikation), Baugewerbe und Verkehrswesen zu verzeichnen. In diesen Branchen betrug der Anteil der Kleinunternehmen bereits 2002 zwischen 20 und 30%, im Großhandel sogar fast zwei Drittel.

Diese Daten unterscheiden sich deutlich von denen für die Jahre 1996–2002, als sich nicht nur die Anzahl der Beschäftigten, sondern auch der Anteil des Kleinunternehmertums an den wichtigsten makroökonomischen Daten auf einem gleich bleibend niedrigen Niveau hielten (ca. 12–13% der Beschäftigten, etwa 6–8% vom BIP).

Die Angaben 2003 sind insofern beachtenswert, weil sie kaum mit der für die russischen Erdöl- und Erdgaskonzerne auch im Vorjahr außerordentlich günstigen Marktkonjunktur zu erklären sind – im Gegenteil, die Produktion der ca. 1100 Kleinunternehmen in der Energiequellenförderung ist um 4,1% zurückgegangen (wobei die Beschäftigung allerdings um ca. 9,4% gewachsen ist). Also widerspiegeln sie wohl die Erfolge an sich des neuen russischen Mittelstands und nicht die Auswirkungen der Weltmarktkonjunktur für Rohstoffpreise auf den russischen Binnenmarkt.

Behält man im Auge, dass die russische Statistik – im Unterschied zu den entwickelten Marktwirtschaften – nur *Kleinunternehmen* umfasst (ohne mittlere Unternehmen), und auch keine Ein-Personen-Unternehmen beinhaltet, muss man den Wert und die Bedeutung, welche der wirtschaftliche Mittelstand in Russland heute spielt, als recht hoch einschätzen.

Eine Studie, die im Jahre 2002, also ein Jahr vor diesem Aufschwung, vom Resource Center for Small and Medium Entrepreneurship und USAID unternommen worden ist und Umfang und sozial-wirtschaftlichen Beitrag des KMU-Sektors in Russland nach EU-Kriterien (d.h., inklusive Einzelunternehmer und Mittelbetriebe) bemisst, zeigt das folgende Bild (siehe Tab. KMU in der Wirtschaft 2002).

Unter Berücksichtigung dieser Ergebnisse muss die gängige Vorstellung von Russland als einem Transformationsland mit rückständiger mittelständischer Wirtschaft korrigiert, zumindest in Frage gestellt werden.

Mittelständischer Aufschwung – nur ein Phänomen der Statistik?

Diese statistischen Werte sind viel zu gut, und daher, gemessen an der vorherigen Dynamik der mittel-

ständischen Wirtschaft, recht unerwartet. Eine mögliche Erklärung für das Wachstum von Klein- und Mittelunternehmen in Russland ist, dass die etwas milder gewordene Besteuerung zu einer fortschreitenden Legalisierung von vielen der zuvor in der Schattenwirtschaft abgewickelten Tätigkeiten der KMU geführt hat.

In der Tat, eine der möglichen Erklärungen besteht darin, dass es sich nach der Einführung der neuen Fassung des Kap. 26 des Steuergesetzbuches der Russischen Föderation über das vereinfachte System der Besteuerung der Kleinunternehmen (zum 1. Januar 2003) weniger lohnt, in der Schattenwirtschaft zu agieren, da Firmen mit einem Jahresumsatz unter 100 Mio. Rubel (ca. 3 Mio. Euro) lediglich 6% des Gesamtumsatzes plus Sozialabgaben zu entrichten haben. Ein eindeutiger Beweis dafür ist die Tatsache, dass gemessen an derselben Periode im Vorjahr in den ersten 9 Monaten des Jahres 2003 Einkünfte von dieser vereinfachten Steuer von 3,5 Mrd. auf 6 Mrd. Rubel gestiegen sind, wobei die Gesamtsumme der Steuerabgaben des Kleinunternehmertums um 25% zurückgegangen ist.

Eine zweite mögliche Erklärung liegt auf der Hand – bei einer schnell voranschreitenden Verbesserung des Lebensstandards sorgt die ständig wachsende Nachfrage nach Gütern und preiswerten Dienstleistungen seitens der Bevölkerung – insbesondere in der Baubranche (die Bausubstanz vieler Wohnhäuser lässt zu wünschen übrig, hinzu kommt ein intensiver Ausbau von Datschen und Ferienhäusern rings um die Großstädte) – für eine merkbare Ausdehnung der Marktnischen für die mittelständische Wirtschaft.

Das Privatunternehmertum ist in der heutigen russischen Gesellschaft nicht nur verwurzelt, sondern hat sein menschliches und soziales Kapital deutlich ausgebaut, eine beträchtliche Evolution der Geschäftspraktiken erlebt und die eigenen Marktstrategien deutlich verändert. Kriminelle werden nicht mehr als Schiedsrichter eingesetzt, das Vertrauen an Geschäftspartner wächst, und das Ansehen in der Branche und bei Kunden wird geschätzt.

Die statistischen Daten sagen allerdings wenig darüber aus, ob dieser russische wirtschaftliche Mittelstand nicht nur als Wachstums-, sondern auch als *Modernisierungsmotor* angesehen werden kann. Im Sinne der klassischen Schumpeterschen Theorie kann diese Frage heutzutage kaum definitiv beantwortet werden. Auf der einen Seite, ist die Leistung, welche die neuen Privatunternehmer gebracht haben – Erschließung neuer Marktnischen (viele Bereiche der modernen Produktions- und Dienstleistungssektors gab es in der Sowjetunion gar nicht, und würde bestimmt auch noch jahrelang nicht geben), Marktlernprozesse, welche sie für sich selbst und ihre Arbeitnehmer eröffnet haben, erlauben es, den

Beitrag der mittelständischen Wirtschaft als eine beachtliche Sozialinnovation zu charakterisieren. Auf der anderen Seite, spielen seit über zehn Jahren in der Branchenstruktur des Kleinunternehmertums vor allem Handel- und Gastronomie, Baugewerbe und Produktion von Lebens- und Konsummitteln die vorrangige Rolle. Der Anteil der Kleinunternehmen in so genannten wissenschaftlichen Dienstleistungsbereichen beträgt weniger als 3% an der Gesamtzahl der Kleinunternehmen und schrumpft seit der Mitte der neunziger Jahre. Technologische Innovationen werden in einer Wirtschaft, die vor allem von Erdöl- und Erdgasexporten lebt, nicht gefragt, und es fehlt (abgesehen von einigen gescheiterten Pilotprojekten) an der geeigneten Infrastruktur, die Innovationen zu fördern und in der russischen Wirtschaft zu implementieren.

Die erfolgreichen IT-Kleinunternehmen, welche mit ihren Softwareentwicklungen auf dem Weltmarkt erfolgreich sind (Kaspersky-Lab, ABBYY und einige andere) sind eher Ausnahmen und verdanken ihren Erfolg mehr der eigenen Kraft als einem günstigen Umfeld.

Welche Aussichten hat die mittelständische Wirtschaft in Russland?

Ob die Ergebnisse des Jahres 2003 eine positive Wende markieren, wird in vieler Hinsicht davon abhängen, wie die Wirtschaftspolitik konzipiert und realisiert wird. Auf der Verhandlungsebene von Großunternehmen und Politik wird immer häufiger von einer "staatlich-privaten Partnerschaft" als einem neuen Schlüsselbegriff gesprochen. Damit werden die neuen Rahmen für die Durchführung von großen Infrastruktur- und Investitionsprojekten gesetzt. Ein schlüssiges Konzept der KMU-Politik liegt aber noch nicht vor.

Die langfristigen Interessen der Staatsbürokratie selbst erfordern aber, dass die intern anwachsende Spannung behoben, und dafür vor allem Hindernisse auf dem Wege der vertikalen Mobilität vor allem für jene in der jüngeren Generation beseitigt werden, für die der Weg in die Selbständigkeit heute in den Regionen im Gegensatz zu den frühen 90er Jahren so gut wie verschlossen bleibt. Davon zeugt die Tatsache, dass die bereits bestehenden Kleinunternehmen zwar

expandieren, aber die Anzahl der Firmen im mittelständischen Sektor stabil bleibt, und unter den Gründern von neuen Firmen bereits tätige Unternehmer vorherrschen.

Der erneute Anlauf einer Förderung der Klein- und Mittelunternehmen wird derzeit vom als reformerisch geltenden Ministerium für Wirtschaftsentwicklung und Handel unter German Gref unternommen – die neue Agenda 2005–2008 setzt besonders auf Förderung von Geschäftsparks, Export und Innovationen sowie auf selbst tragende Förderungsmechanismen, nach dem Beispiel von Chile und Argentinien. Dabei will man nicht allein für die Kleinfirmen, sondern auch für mittelgroße Unternehmen bessere Geschäftsbedingungen schaffen, jedoch die KMU nicht direkt "fördern" (was immer nur in Verschwendung und Korruption geendet ist).

Das Ministerium verspricht sich transparente Regeln und Diversifizierung von Risiken zwischen dem Föderalstaat, den Regionen und den Nutznießern einzelner Förderungsprojekte. Bereits 2005 will man vier Pilotprojekte starten, welche mit 1,5 Mrd. Rubel aus dem Föderaletat (d.h. bis zu 3 Mrd. Rubel insgesamt, nimmt man die erhoffte Kofinanzierung aus dritten Quellen in Kauf) finanziert werden sollen, um dann ab dem Jahr 2006 die erprobten Mechanismen weiter aufzubauen und darüber hinaus neue – vor allem die Förderung von Mikrofinanzierung, Garantiefonds und Öffnung neuer Märkte – einzuführen. Das Gesamtbudget des Programms kann allein aus dem Föderalstaatshaushalt bis 2008 auf ca. 500 Mio. Euro aufgestockt werden.

Das wesentliche Problem besteht allerdings darin, dass die bürokratisch lancierten Förderprogramme der 90er Jahre, die an den Bedürfnissen der Kleinwirte vorbei argumentiert haben, als auch der fiskalische Druck des Staates und rent-seeking der "hungrigen" Staatsbeamten in der Förderungszielgruppe einen tiefen Misstrauen gegenüber dem Staat verwurzelt haben. Inwiefern es dem Staat mit einem erneuten Versuch den Mittelstand zu einem Wirtschaftsmotor aufzurüsten ernst ist und inwiefern es ihm gelingt, dieses Misstrauen abzubauen, ist derzeit offen.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Über den Autor

Prof. Dr. Alexander Tschepurenko, Higher School of Economics, Moskau

Lesetipps

Chepurenko A. Entrepreneurial culture in Russia: does it develop and what does it mean, if it does? In: Zurück nach Europa oder vorwärts an die Peripherie? Erfolge und Probleme nach einem Jahrzehnt der Umgestaltung in Ostdeutschland und Mittel-/Osteuropa. München: Rainer Hampp-Verl., 2002, S.58–70.

Tschepurenko A. Das Unternehmerpotential der russischen Gesellschaft: Anhand einer gesamt-russischen Umfrage der Bevölkerung, in: Umbruch der Welt – KMU vor Höhenflug oder Absturz? St. Gallen: KMU-Verl., 2002, S.85–99.

Chepurenko A., et al. Small business in Russia: any prospects after a decade? In: Futures, 2003, Vol. 35, pp.341–359.

Welter F., Kautonen T., Chepurenko A., Malieva E. Governance-Strukturen von KMU-Netzwerken und der Einfluss von Vertrauen – Ein vergleichender Blick auf Deutschland und Russland. In: Kooperationen von kleinen und mittleren Unternehmen in Europa / J.-A. Meyer (Hrsg.). Köln: Eul-Verl., 2004, S. 309–330.

Tabellen und Grafiken zum Text

Die wichtigsten Daten der mittelständischen Wirtschaft Russlands, Januar – September 2004

(Provisorische Angaben von Rosstat, zusammengestellt von Alexander Tschepurenko)

Die Bedeutung des KMU-Sektors in der russischen Wirtschaft, 2002

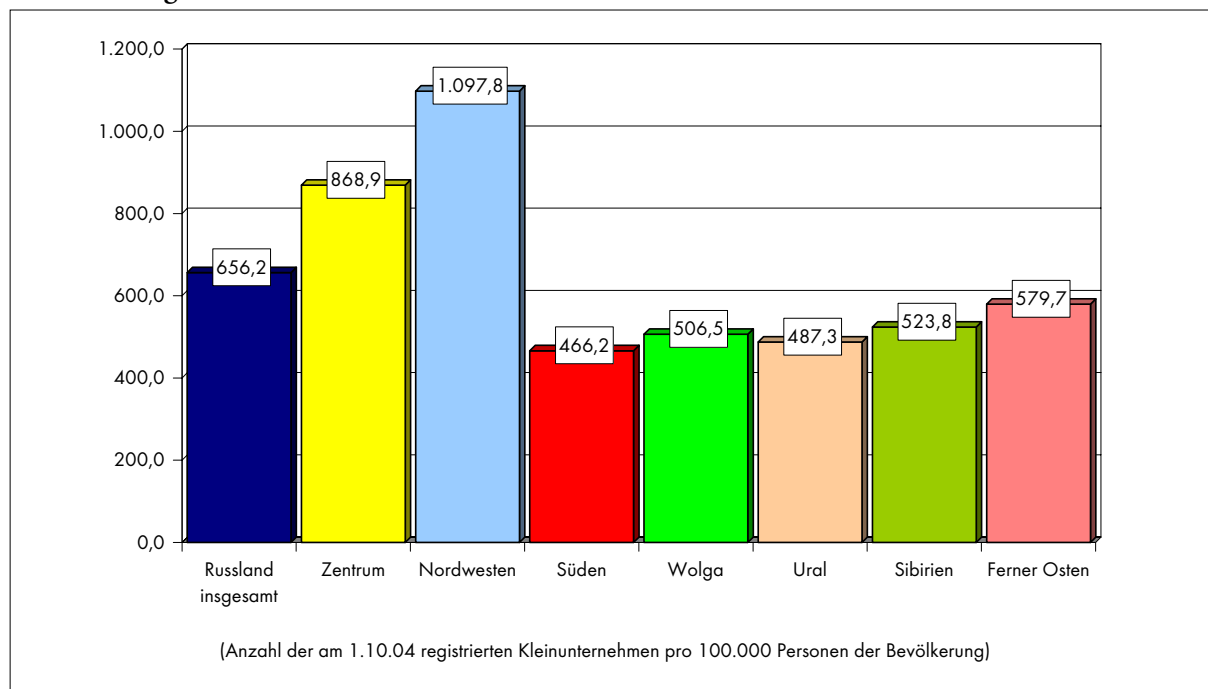
Anteil an der Zahl der Unternehmen	93%
Anteil an der Beschäftigung	45%
Marktanteil (% des Gesamtertrages der Wirtschaft)	39%

Quelle: Resource Center for Small and Medium Entrepreneurship: www.rcsme.ru/libArt.asp?id=4368

(Stand: 08.11.2004).

Nach: A. Tschepurenko: *Mittelständische Wirtschaft im Putinschen Russland, Moskau 2005 (Typoskript)*

Anzahl der registrierten Kleinunternehmen 2004

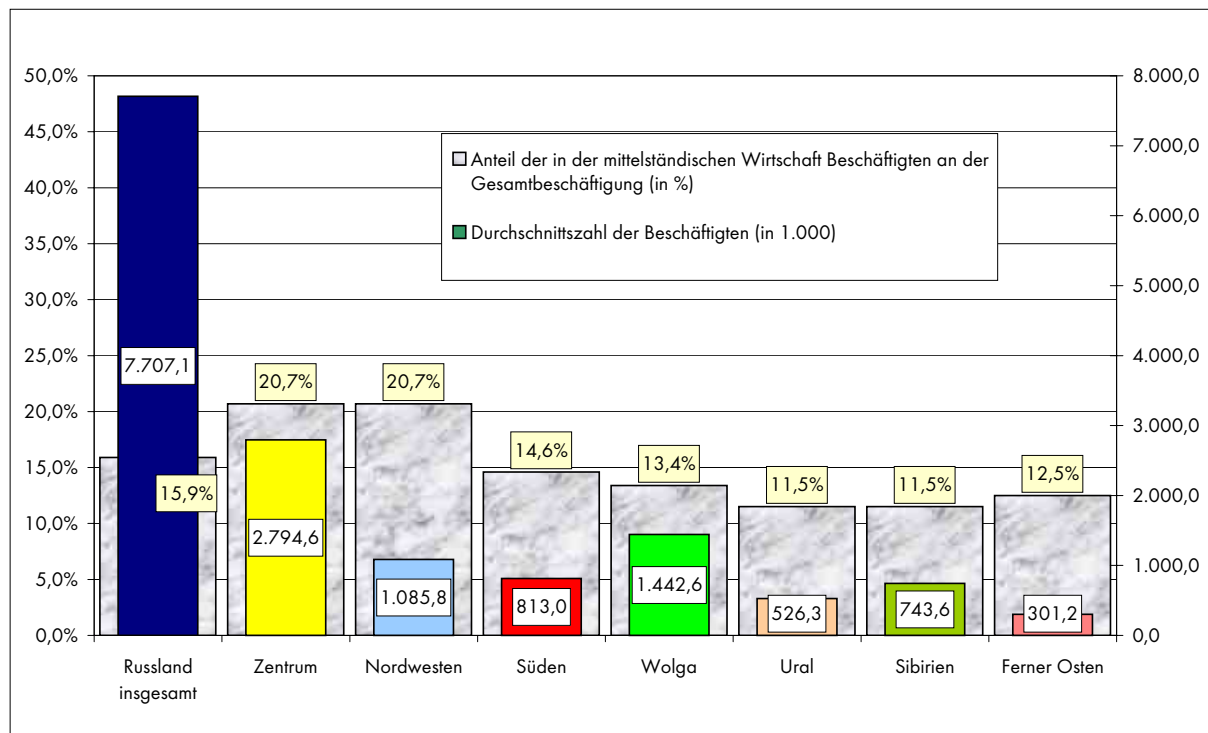


Föderalbezirke	Anzahl der am 1.10.04 registrierten Kleinunternehmen pro 100 000 Personen der Bevölkerung ¹	Zu- bzw. Abnahme verglichen mit 01.10.2003
Russland insgesamt	656,2	41,7%
Zentrum	868,9	20,3%
Nordwesten	1.097,8	115,9%
Süden	466,2	55,0%
Wolga	506,5	29,9%
Ural	487,3	21,0%
Sibirien	523,8	30,9%
Ferner Osten	579,7	88,2%

¹ Laut Angaben der Bevölkerungszählung 2002

Nach: A. Tschepurenko: *Mittelständische Wirtschaft im Putinschen Russland, Moskau 2005 (Typoskript)*

Durchschnittszahl der Beschäftigten in Kleinunternehmen (Januar – September 2004)

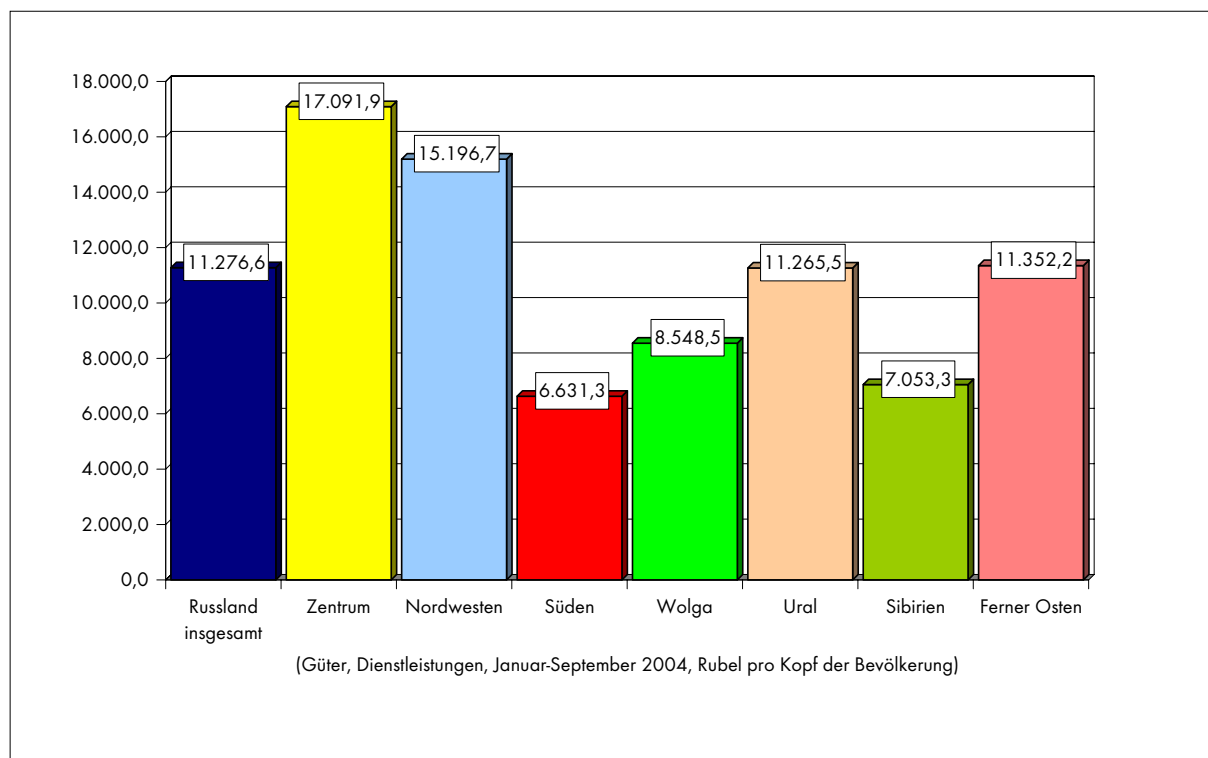


Föderalbezirke	Durchschnittszahl der Beschäftigten ¹		Anteil der in der mittelständischen Wirtschaft Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigung	
	Durchschnittszahl der Beschäftigten (in 1.000)	In % zu Januar-September 2003	Anteil der in der mittelständischen Wirtschaft Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigung (in %)	Dynamik in Bezug auf Januar-September 2003, in %
Russland insgesamt	7.707,1	104,4%	15,9%	0,9%
Zentrum	2.794,6	99,8%	20,7%	0,2%
Nordwesten	1.085,8	101,4%	20,7%	0,5%
Süden	813,0	104,8%	14,6%	0,8%
Wolga	1.442,6	118,1%	13,4%	2,4%
Ural	526,3	103,5%	11,5%	0,5%
Sibirien	743,6	102,3%	11,5%	0,4%
Ferner Osten	301,2	107,0%	12,5%	0,9%

¹ Ohne Nebenjobs und Werkverträge

Nach: A. Tschepurenko: Mittelständische Wirtschaft im Putinschen Russland, Moskau 2005 (Typoskript)

**Produktionsumfang (Güter, Dienstleistungen) in Kleinunternehmen in Föderalbezirken
Januar – September 2004**



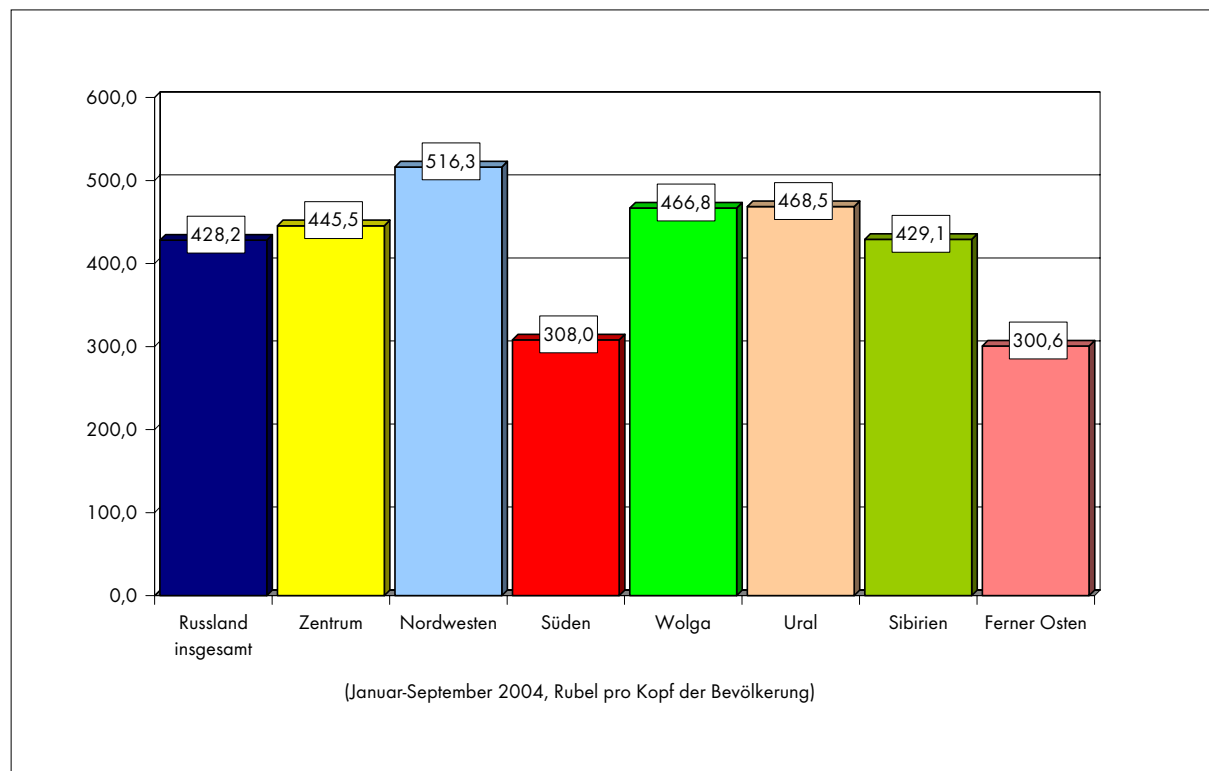
Föderalbezirke	Produktionsumfang im Januar-September 2004		
	Mio. Rubel.	Rubel pro Kopf der Bevölkerung ¹	% zu Januar-September 2003 ²
Russland insgesamt	1.636.956,8	11.276,6	121,7%
Zentrum	649.490,5	17.091,9	143,9%
Nordwesten	212.343,6	15.196,7	99,4%
Süden	151.902,5	6.631,3	110,2%
Wolga	266.329,9	8.548,5	115,0%
Ural	139.399,6	11.265,5	127,8%
Sibirien	141.510,1	7.053,3	104,0%
Ferner Osten	75.980,6	11.352,2	115,1%

¹ Laut Angaben der Bevölkerungszählung 2002

² Unter Berücksichtigung der regional unterschiedlichen Verkaufspreisindexe

Nach: A. Tschepurenko: *Mittelständische Wirtschaft im Putinschen Russland*, Moskau 2005 (Typoskript)

Investitionen in Klein- und Mittelbetrieben in Russland, Januar – September 2004



Föderalbezirke	Investitionen im Januar-September 2004		
	Mio. Rubel.	Rubel pro Kopf der Bevölkerung ¹	% zu Januar-September 2003 ²
Russland insgesamt	62.160,8	428,2	138,2%
Zentrum	16.930,4	445,5	121,3%
Nordwesten	7.214,5	516,3	143,4%
Süden	7.054,3	308,0	141,8%
Wolga	14.543,1	466,8	155,0%
Ural	5.797,8	468,5	127,2%
Sibirien	8.609,0	429,1	146,8%
Ferner Osten	2.011,7	300,6	161,3%

¹ Laut Angaben der Bevölkerungszählung 2002

² Unter Berücksichtigung der regional unterschiedlichen Verkaufspreisindexe

Nach: A. Tschepurenko: *Mittelständische Wirtschaft im Putinschen Russland*, Moskau 2005 (Typoskript)

Kommentar

Rom und die orthodoxe Kirche in Russland

Thomas Bremer, Münster

Als am Dienstag 115 Kardinäle den neuen Papst wählten, waren drei nicht dabei, die eigentlich wahlberechtigt gewesen wären: Zwei mussten aus Gesundheitsgründen fehlen, der dritte aber, weil niemand ihn kannte. Der verstorbene Papst Johannes Paul II. hatte einen Kardinal „in pectore“ ernannt, also jemanden zum Kardinal bestimmt, dessen Namen er nicht veröffentlicht hat. Da auch in seinem Nachlass keine entsprechende Bestimmung gefunden wurde, bleibt unbekannt, wen der verstorbene Papst im Sinn hatte.

Es gibt zwei Vermutungen, wer der geheime Kardinal sein könnte: Ein Bischof aus China, oder aber der katholische Erzbischof in Moskau, Tadeusz Kondrusiewicz. Allein die Tatsache, dass – sollte es sich wirklich um den katholischen Oberhirten Russlands handeln – der Name aus Rücksicht auf die kirchenpolitischen Gegebenheiten nicht bekannt gegeben werden konnte, zeigt, wie gespannt die Beziehungen zwischen dem Vatikan und der Russischen Orthodoxen Kirche sind.

Auslöser der letzten großen Auseinandersetzung war die Installation einer katholischen Hierarchie für Russland im Februar 2002. Insgesamt hat sich Rom in dieser Sache recht ungeschickt verhalten; insbesondere wurde das Moskauer Patriarchat nur sehr kurzfristig informiert. Auch die Tatsache, dass die katholischen Bistümer nicht nach ihren Orten, sondern nach Heiligen benannt wurden, hat nichts mehr an der harschen Reaktion der russischen Kirche ändern können. Sie warf der katholischen Kirche, die in Russland zumeist als polnische Kirche wahrgenommen wird, Proselytismus vor, also die bewusste Abwerbung von Gläubigen.

Hintergrund der Vorwürfe sind vor allem die Ereignisse in der westlichen Ukraine, als sich nach dem berühmten Besuch von Michail Gorbatschow bei Johannes Paul II. die dortigen Katholiken wieder registrieren lassen konnten, nachdem ihre Kirche Jahrzehnte lang illegal war und im Untergrund existieren musste. In der Folge bekannte sich die große Mehrheit der Bevölkerung in diesem Gebiet zur ukrainisch-katholischen Kirche, und die Orthodoxie, die bislang einzige legale Kirche, verlor den größten Teil ihrer Gemeinden und ihrer Gläubigen. Moskau sah dahinter immer eine bewusste Taktik Roms und befürchtete nun, sie solle auch auf das russische Territorium ausgedehnt werden.

Es zeigt sich hier eine Spannung zwischen der Gewissensfreiheit, auf die sich die katholische Seite beruft, und der Vorstellung von einem „ka-

nonischen Territorium“, die von der russischen Kirche vertreten wird. Beide Kirchen haben diese Meinungsverschiedenheit jedoch nicht im ökumenischen Dialog, sondern zunächst durch öffentliche Schuldzuweisungen und Vorwürfe zu lösen versucht. Erst ganz behutsam begann sich die Situation wieder zu beruhigen. Es ist bemerkenswert, dass die Russische Orthodoxe Kirche immer ihr Interesse daran betont, gute Beziehungen zur katholischen Kirche zu unterhalten, und dass sie die offiziellen Beziehungen mit dem Vatikan eingefroren hat, während sie sich nach wie vor um ein gutes Verhältnis zu Bischofskonferenzen, zu wissenschaftlichen Einrichtungen und Orden der katholischen Kirche bemüht. Patriarch Alexij II. verlieh auch in seinem Beileidsschreiben anlässlich des Todes von Johannes Paul II. seiner Hoffnung Ausdruck, dass sich die Beziehungen unter einem anderen Papst verbessern würden.

Was ist diesbezüglich nun von Benedikt XVI. zu erwarten? Kardinal Ratzinger hatte – auch aufgrund seines bisherigen Amtes – mit der konkreten Kirchen-Außenpolitik nicht viel zu tun. Als Theologe hat er seine Wertschätzung für die östlichen Kirchen erkennen lassen, und in seiner ersten Predigt als Papst spielte das Thema „Einheit der Christen“ eine zentrale Rolle. Wenn man dazu die Predigt zur Eröffnung des Konklaves betrachtet, wird deutlich, dass er in jeder Form von „Relativismus“ in Glaubensdingen die größte Gefahr sieht. Die russische Orthodoxie hat immer eine ähnliche Position vertreten, und in ihren Äußerungen während der Auseinandersetzungen ließ sich immer auch Bedauern darüber erkennen, dass sie von einem vermeintlichen Bündnispartner, nämlich der katholischen Kirche, im Stich gelassen wird. Auch wenn in der ersten Zeit des neuen Pontifikats keine radikalen Änderungen zu erwarten sind, so ist doch auf der Basis dieser gemeinsamen Ansichten eine allmähliche Annäherung denkbar.

Über den Autor:

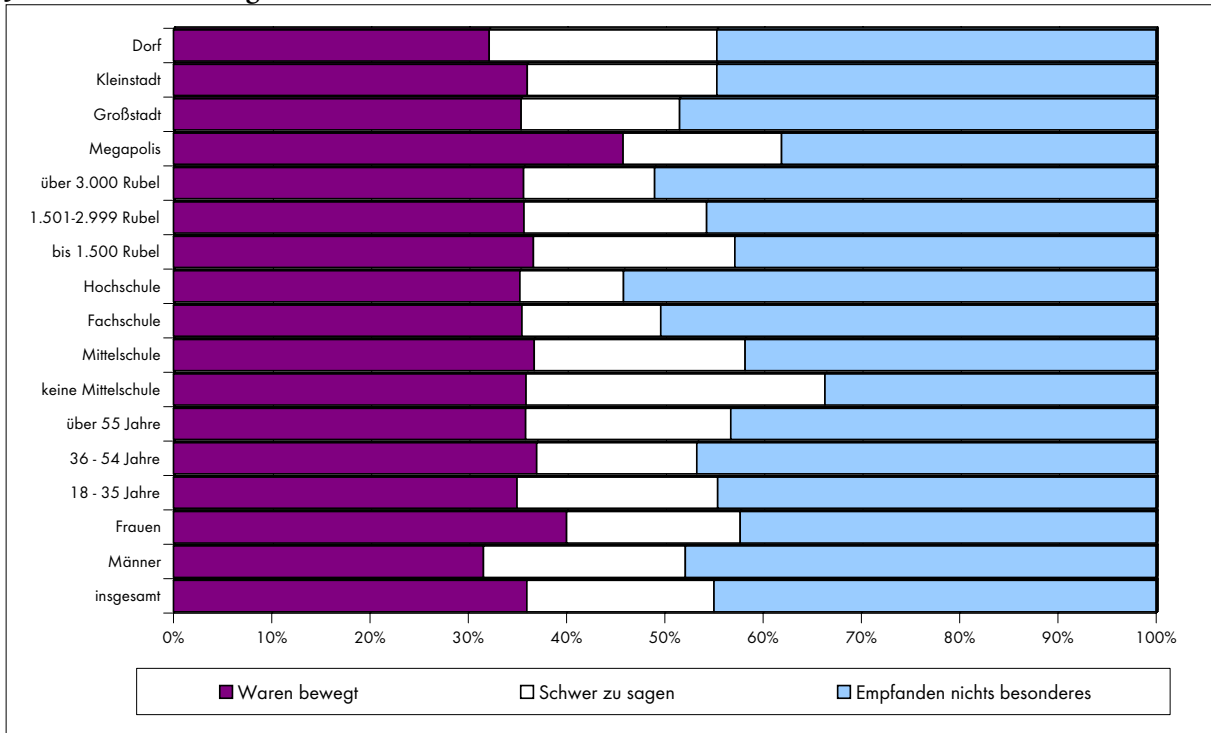
Thomas Bremer ist Professor für Ökumenische Theologie und Ostkirchenkunde an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster.

Umfrage

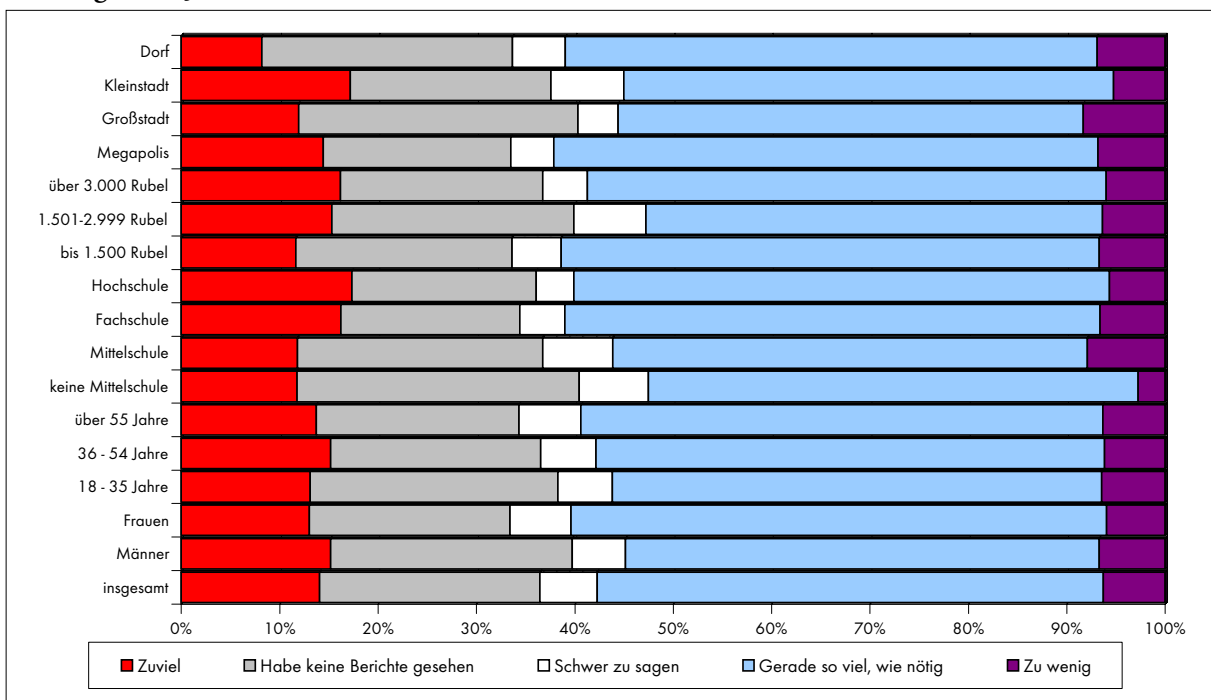
Tod und Begräbnis Johannes Pauls II.: Die Reaktion in Russland

Umfrage der Stiftung "Öffentliche Meinung" (FOM) vom 9.-10. April 2005),
<http://bd.fom.ru/zip/tb0515.zip>

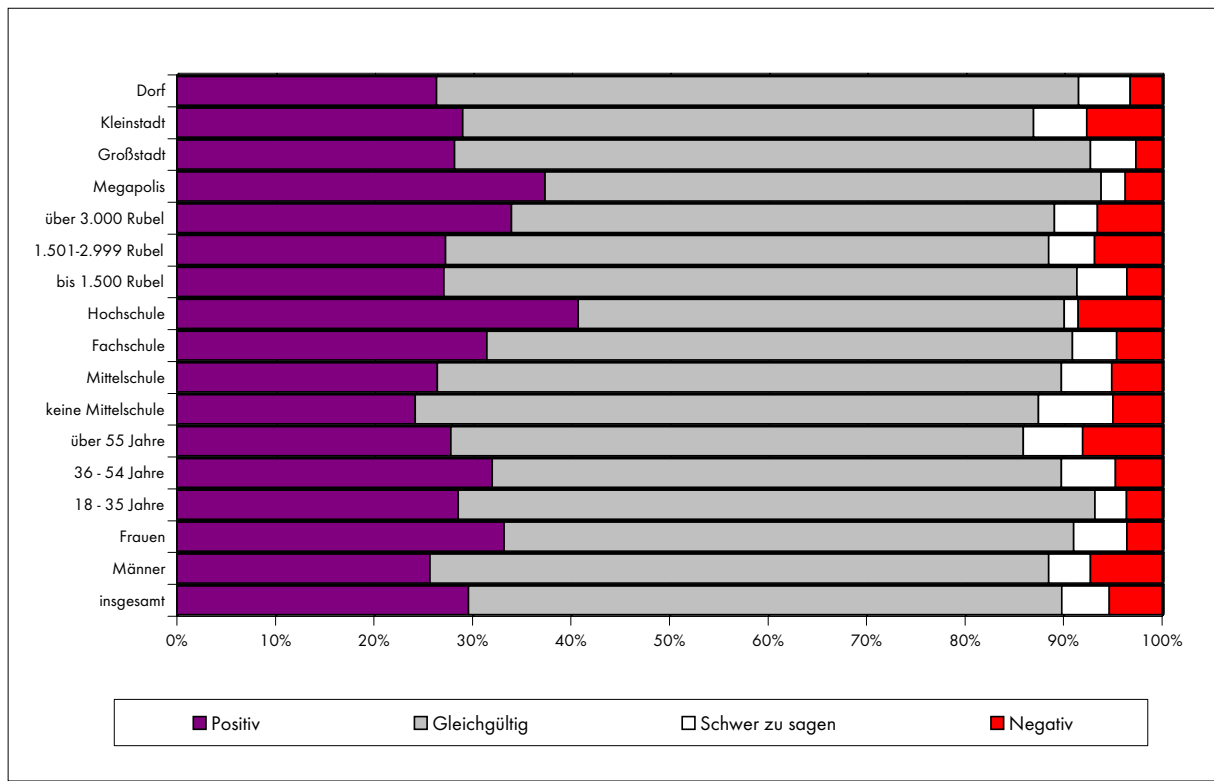
Wie hat Ihrer Meinung nach die Mehrheit der Russen auf die Nachricht vom Tod des römischen Papstes Johannes Paul II. reagiert?



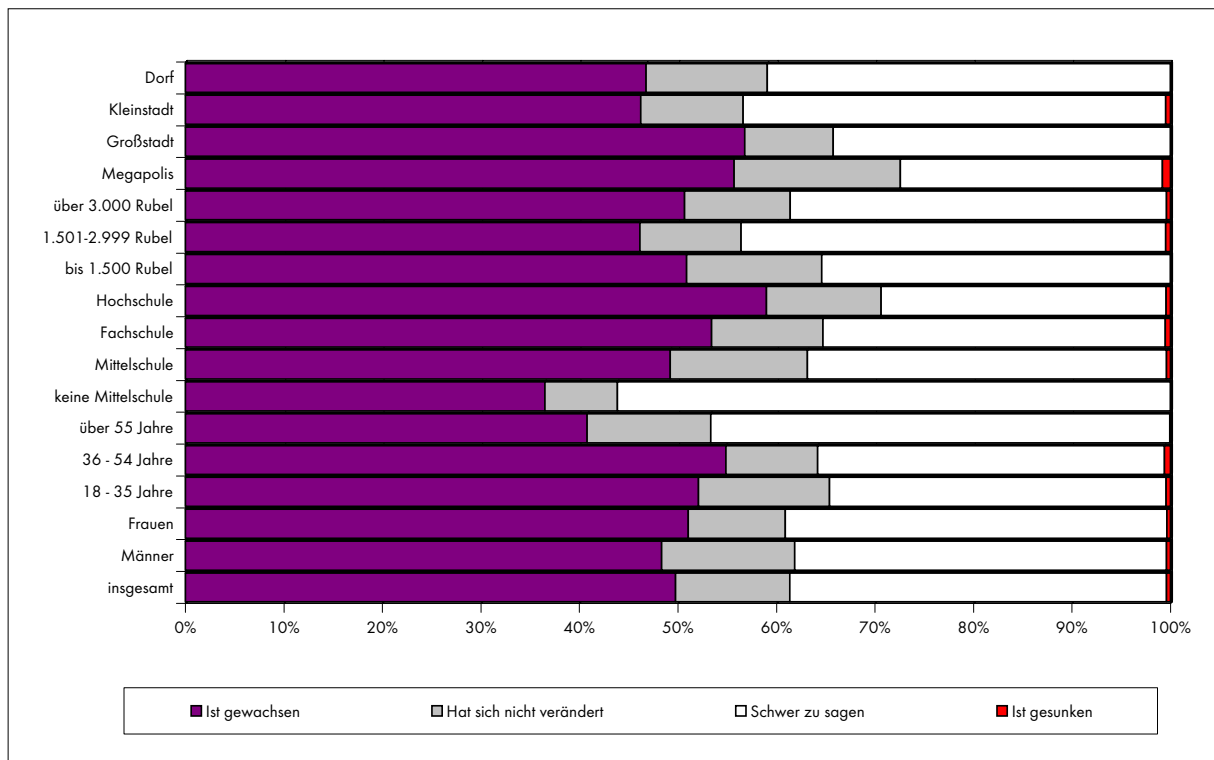
Was meinen Sie, hat das russische Fernsehen über die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Tod und dem Begräbnis Johannes Pauls II. in ausreichendem Maße berichtet?



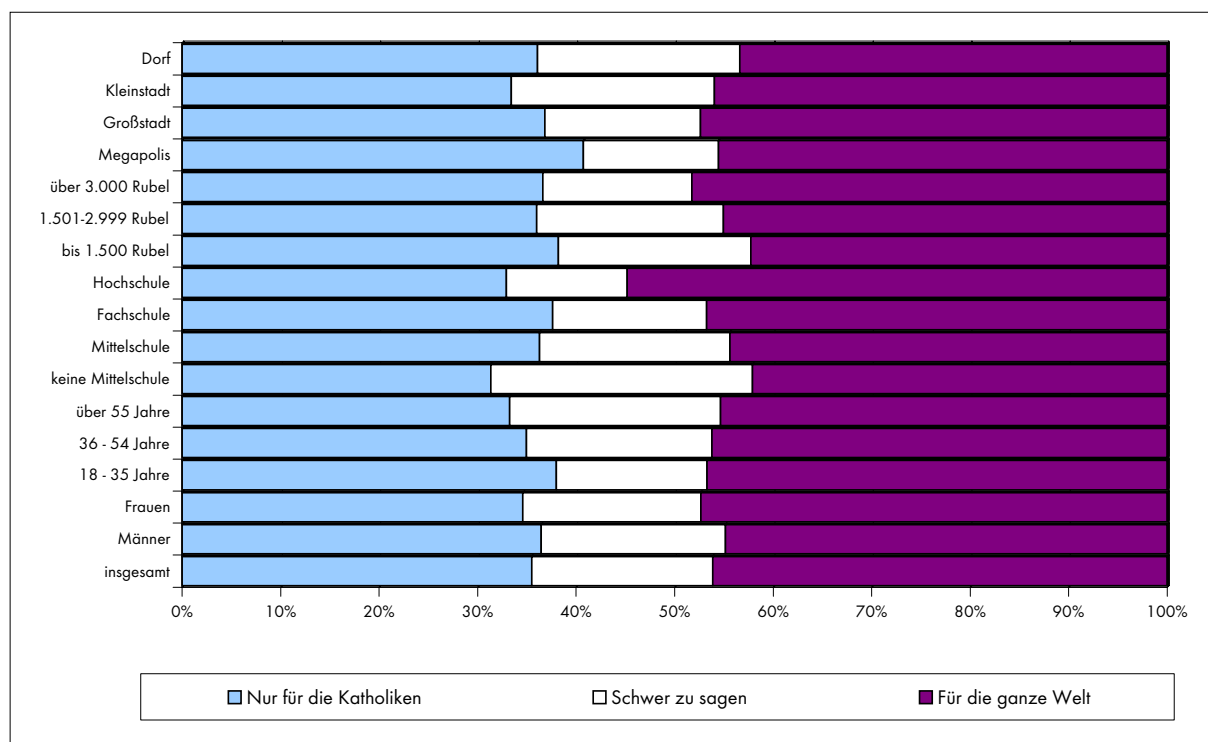
Wie stehen Sie persönlich zur römisch-katholischen Kirche?



Ist die Autorität der römisch-katholischen Kirche in der Welt in der Amtszeit Johannes Pauls II. gewachsen?



Ist der Tod Johannes Pauls II. ein Verlust nur für die Katholiken oder für die ganze Welt?



Dokumentation

Droht eine Stalin-Renaissance?

Appell des Stadtsowjets der Volksdeputierten von Orjol an den Präsidenten der Russischen Föderation (RF), die Föderale Versammlung der RF, die vertretenden Organe der Staatsmacht der Subjekte der RF und an die Munizipalitäten der RF, eine gerechte Bewertung der historischen Rolle des Obersten Befehlshabers der Streitkräfte der UdSSR J.W. Stalin wiederherzustellen

Der 60. Jahrestag des Sieges des Sowjetvolkes im Großen Vaterländischen Krieg, die Erinnerung an die heroische Vergangenheit und die Verantwortung für die Zukunft unseres Mutterlandes verpflichten uns, uns der Vielzahl von Appellen von Kriegsveteranen und Arbeitern des Heimatkriegsgebietes anzuschließen, eine gerechte Bewertung der historischen Rolle des Obersten Befehlshabers der Streitkräfte der UdSSR J.W. Stalin wiederherzustellen. Die Ereignisse, die Mitte des 20. Jahrhunderts stattfanden, werden zur Vergangenheit, das gibt aber niemandem das Recht, sie der politischen Konjunktur zuliebe auszulegen und die Errungenschaften des Volkes, das die faschistische Pest besiegt hat, zu revidieren.

Versuche, Verlauf und Ergebnisse des Großen Vaterländischen Krieges und des Zweiten Weltkrieges insgesamt nur als Serie von gewonnenen Schlachten darzustellen, sind haltlos. Die Strategie und Taktik, die von hervorragenden vaterländischen Generälen unter der Gesamtführung von J.W. Stalin entwickelt wurden, hatten entscheidende Bedeutung. Stalin hatte ein geniales Gespür für die politische Seite des Krieges. Dem Aggressor, der fast ganz Westeuropa erobert hatte, setzte der Führer des Sowjetstaates Wirtschaft, Politik, Ideologie, Wille, Geist und Freundschaft der Völker der UdSSR entgegen.

Während einiger Jahrzehnte wurde die Rolle seiner Persönlichkeit von Geschichtsspekulanten im Auftrag derer, die sich an uns für unsere Siege rächen, verdreht. Sie zielen auf eine Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges ab. Leider hat diese Lüge den Verstand von vielen Mitbürgern besiegt, schlimmer noch, den der jungen Generation. Wenn wir es zulassen, dass die Verdienste Stalins herabgesetzt werden, lassen wir es zu, dass unsere Vergangenheit verleumdet wird und geben uns dem Schimpf unserer Nachkommen preis.

Wir Kinder und Enkel des Sieges müssen die Ehre von J.W. Stalin rehabilitieren und die Wahrheit über ihn und seine Verdienste für das Volk und die ganze Menschheit, die vor 60 Jahren von der faschistischen Unterjochung gerettet wurde, wiederherstellen.

Erinnern wir uns, dass J.W. Stalin in den ersten schweren Tagen des Krieges die Namen von Dmitri Donskoi, Alexander Newski und Michail Kutusow als Banner und Vorboten des Großen Sieges erhob. Es ist uns eine Ehrensache, den Namen J.W. Stalins als Symbol der unverbrüchliche Staatlichkeit Russlands auf ein hohes Piedestal zu erheben.

Wir rufen dazu auf, unseren Appell mit konkreten Taten zu unterstützen: nennt wieder Straßen und Plätze unserer Städte nach J.W. Stalin, errichtet wieder die Denkmäler des Obersten Befehlshabers und schiebt Verleumdung und Fälschung unserer Geschichte einen Riegel vor.

Der Stadtsowjet der Volksdeputierten von Orjol.

Quelle: <http://www.gorsowet.orel.ru/index.shtml?news/31032005.html>, 17. April 2005

Für die „Große Troika“ hat sich ein Platz im Museum gefunden

Zum Jahrestag des Sieges wird die Ausstellung des Museums der Schlacht von Stalingrad um ein neues Exponat ergänzt. Die städtischen Behörden und Organe haben sich auf den Kompromiss geeinigt, von Surab Zereteli eine bronzene Skulptur der Teilnehmer der Konferenz von Jalta, Josif Stalin, Winston Churchill und Franklin Roosevelt als Geschenk anzunehmen. In Anbetracht ihrer Größe – sie ist mehr als 4 Meter hoch, etwa 7 Meter breit und wiegt etwas mehr als 10 Tonnen – hat sie natürlich keinen Platz im Museum. Daher wurde beschlossen, das Denkmal neben dem Museum an der Kreuzung der Sowjetskaja- und der 13.-Gwardijskaja-Straße aufzustellen. Dies teilte der Direktor des Museums Boris Usik am Dienstag auf einer Pressekonferenz mit.

Erinnern wir uns, dass die Abgeordnete der Staatsduma Alewtina Aparina die Idee hatte, ein Denkmal für die drei historischen Gestalten aufzustellen. Sie war es, die sich mit der Bitte an den Präsidenten der Russischen Akademie der Künste, Surab Zereteli, wandte, das Denkmal unserer Stadt zu schenken, nachdem die Stadt Jalta, für die der Bildhauer das Denkmal zuerst bestimmt hatte, es abgelehnt hatte. Ohne zu zögern, schrieb Zereteli einen Brief an den Gouverneur des Wolgograder Gebietes, in dem er dem Gouverneur seinen Wunsch mitteilte, einen persönlichen Beitrag zu den Feiern des 60. Jahrestages des Großen Sieges zu leisten und versprach, alle Arbeiten zur Aufstellung des Denkmals zu übernehmen.

Der Gebietsadministration gefiel die Idee, und der Gouverneur Nikolai Maksjuta schickte dem Bildhauer sofort einen Brief, in dem er seine „große Dankbarkeit für das unschätzbare Geschenk für das Gebiet Wolgograd“ zum Ausdruck bringt. Der Stellvertreter des Gouverneurs, Lew Alferow, wandte sich seinerseits an den Bürgermeister von Wolgograd, Jewgeni Ischtschenko, mit der Bitte, Vorschläge für einen „möglichen Ort“ für das Denkmal der Anführer der Anti-Hitler-Koalition zu machen. Der Bürgermeister widersprach der Gebietsregierung nicht, um so mehr, da schon bekannt war, dass auch der Gebietsrat der Veteranen die Aufstellung des Denkmals befürwortet. Der Ort wurde bestimmt und ein Kostenvoranschlag für die Aufstellung vorgelegt.

Allerdings kann man nicht sagen, dass diese Entscheidung einfach war. Bei weitem nicht allen Einwohnern unserer Stadt gefiel die Idee, dem „Vater aller Völker“ auf den Straßen unserer Stadt ein Denkmal zu errichten. Unlängst erreichte die Redaktion ein Brief von W. Chersonskaja, der Tochter des Hauptingenieurs der Fabrik „Krasny Oktjabr“, der 1938 nach dem bekannten Paragraph 58 verurteilt wurde und 17 Jahre in Stalins Lagern verbrachte. Unsere Leserin ist der Meinung, dass ein Stalindenkmal „eine Beleidigung für Tausende von Lebenden und eine Lästerung des Gedenkens von Millionen von Getöteten ist, die in den Gefängnissen und Lagern gefoltert wurden“. Es ist auch bekannt, dass sich eine Gruppe von Persönlichkeiten aus der Kultur sich in einem offenen Brief an den Präsidenten der Russischen Föderation gegen die Aufstellung des Denkmals wandte und forderte, dass „die Aufstellung des Denkmals, wie auch anderer Monumente zum Ruhme Stalins, wo immer es auch auf dem Territorium Russlands sei, nicht gestattet werden sollte“.

Gerade deswegen hielt es Boris Usik für notwendig, gleich zu Anfang der Pressekonferenz zu präzisieren, dass die Skulptur von Zereteli nicht als Denkmal, sondern als Museumsexponat angesehen werden muss, als Museumsexponat, das eines der hervorragendsten Ereignisse des Großen Vaterländischen Krieges illustriert, ebenso wie die Waffen von deutschen Soldaten, die neben den Waffen von sowjetischen Soldaten in den Schaukästen des Museums ausgestellt werden.

„Unbestreitbar haben die Entscheidungen Stalins, Roosevelts und Churchills, die auf der Konferenz von Jalta getroffen wurden, die Nachkriegsordnung und historische Grenzen bestimmt“, erinnerte Boris Usik.

„Daher meine ich, dass die Regierung der Stadt, insbesondere Jewgeni Ischtschenko, selbst unter moralischen Gesichtspunkten die Aufstellung des Monuments in der Stadt nicht ablehnen konnte. Letzten Endes steht die Geschichte der Stadt dem nicht entgegen, und es lenkt möglicherweise die öffentliche Meinung im Jahr des 60. Jahrestages des Sieges von dem heruntergekommenen Zustand des Museums und des Mamai-Hügels [*Gedenkstätte der Schlacht um Stalingrad – der Übersetzer*] ab“. [...]

Galina Belousova

Stadtzeitung „Gorodskije Westi“ (Wolgograd), 14.04.2005 (Auszug)

Quelle: <http://gorvesti.volgadmin.ru/start.asp?mp=0>, 17. April 2005

Politischer Rechenschaftsbericht des Rates des Bundes der Kommunistischen Parteien (SKP) – KPdSU an den XXXIII. Parteikongress. Rede von G.A. Sjuganow vom 16.04.2005 (Auszug).

„Gleichzeitig erleben wir einen wahren Informations- und Propagandakrieg, der gegen unseren Sieg [im zweiten Weltkrieg] entfacht worden ist. Diese zynische und abscheuliche Kampagne nimmt mehr und mehr Schwung auf. Im Geiste der Wlassow-Anhänger [*Sowjetische Überläufer auf deutscher Seite im Zweiten Weltkrieg unter dem General Wlassow – der Übersetzer*] und „Waldbrüder“ [*antisowjetische Partisanen im Westen der Sowjetunion, vor allem im Baltikum, die teilweise bis Anfang der 1950er Jahre aktiv waren – der Übersetzer*] werden verlogene Artikel in der Presse veröffentlicht. Schülern und Studenten werden seltsame Lehrbücher empfohlen, bei denen „vergessen“ worden ist, über die größten Schlachten des Großen Vaterländischen Krieges zu schreiben. Das Fernsehen zeigt offen verleumderische Serien. Das Ziel dieser ganzen Kampagne ist, den Beitrag der Sowjetunion zum Sieg zu bagatellisieren. Die Rolle der Kommunistischen Partei bei diesem Sieg soll verschwiegen und entstellt werden, die Verteidiger des Vaterlandes sollen entheroisiert werden. Letzten Endes richtet sich der Strom der Lügen gegen den sowjetischen Soldaten, den G.K. Zhukow den Haupthelden und hauptsächlichlichen Schöpfer des Sieges genannt hat.

Die Kommunisten sind berufen, die geschichtliche Wahrheit zu beschützen. Die in sowjetischer Zeit entstandene Losung „Niemand ist vergessen, nichts ist vergessen!“ erhält heute eine äußerst aktuelle Bedeutung. Am Vorabend des 60. Jahrestages des Sieges erachten es viele Kommunisten, unsere Anhänger und Verbündeten für notwendig, den besonderen Beitrag zum Sieg über die deutsch-faschistischen Eindringlinge, den der Führer des Sowjetstaates und der Kommunistischen Partei, der Oberste Befehlshaber Josif Wissarionowitsch Stalin geleistet hat, zu unterstreichen. Es wird vorgeschlagen, den Beschluss des XX. Kongresses der KPdSU „Der Persönlichkeitskult und seine Folgen“ und den auf seiner Grundlage angenommenen Erlass des ZK der KPdSU „Die Überwindung des Persönlichkeitskultes und seiner Folgen“ zu revidieren. Wir haben uns mit dieser Frage schon auf dem letzten Kongress des Rates der Kommunistischen Parteien – KPdSU beschäftigt und sind zu dem Schluss gekommen, dass der große Stalin keine Rehabilitation nötig hat. Im Übrigen kommt seine hervorragende schöpferische Rolle in der Geschichte unseres Vaterlandes in den Beschlüssen der KPdSU selbst zum Ausdruck.

Daher erscheint es zweckmäßig, in der Resolution unseres Kongresses noch einmal die Verdienste von J.W. Stalin bei dem Aufbau des Sozialismus und der Rettung der menschlichen Zivilisation vor der „braunen Pest“ zu unterstreichen. Gleichzeitig möchte ich Ihnen mitteilen, dass wir den Auftrag des letzten Kongresses erfüllt haben: das ideelle Vermächtnis von J.W. Stalin kann jetzt ständig bei der Schulung der Funktionäre benutzt werden. Seine gesamten Werke sind im Internet auf der Website der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation zugänglich. Ich schlage vor, wir sollten die Forderung der Veteranen der Front, der Stadt Wolgograd ihren heroischen Namen „Stalingrad“ zurückzugeben, entschieden unterstützen.

So gibt uns die Feier des 60. Jahrestages des Sieges die Möglichkeit, unsere gesamte Arbeit zu verstärken. Wir sollten diese Möglichkeit in vollem Maße ausnützen. Wir müssen immer im Gedächtnis behalten, dass hinter uns die großartige Heldentat des Volkes steht, das ehrenvoll Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes gerettet hat.“

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

Quelle: http://www.kprf.ru/news/party_news/32800.html

Ein Stalindenkmal hat keinen Platz im 21. Jahrhundert!

Vorstand der Internationalen Gesellschaft Memorial

Die Stadtverwaltung von Wolgograd plant zum Tag des Sieges in der Stadt ein Denkmal für „Roosevelt, Churchill und Stalin“ aufzustellen, also für die Führer der Staaten, die 1945 an der Konferenz von Jalta teilgenommen haben. Ebenso ein Denkmal soll in Jalta selbst aufgestellt werden. Außerdem haben die Verwaltungen des Gebiets Belgorod und der jakutischen Stadt Mirnyj vor, Stalin Denkmäler zu setzen.

Die Rückkehr von Stalin aufs Podest, mit Churchill und Roosevelt oder ohne, käme der politischen Rehabilitierung eines der blutigsten Diktatoren der neueren Geschichte gleich. Diese Aussicht ruft bei den überlebenden Opfern des stalinschen Terrors, bei ihren Nachkommen und allen normal denkenden Menschen Empörung hervor.

Ebenso empörend ist, dass die Denkmäler aus Anlass des 60. Jahrestag des Sieges aufgestellt werden sollen. Dahinter steht offenbar das Vorhaben, Stalin erneut zum „Schöpfer des großen Sieges“ zu machen. Das ist eine Beleidigung des Andenkens an die vielen Millionen, die für den Sieg ihr Leben gegeben und ihr Blut vergossen haben. Nicht Stalin, sondern diese Millionen von Menschen waren die Sieger im Großen Vaterländischen Krieg und sie siegten nicht dank Stalin, sondern trotz der Misserfolge, Fehler und Verbrechen des von ihm errichteten Regimes.

Wir protestieren entschieden gegen jeden Versuch, den Diktator wieder zum Leben zu erwecken, egal ob nun in Marmor oder in Bronze, allein oder in Gesellschaft. Wir rufen die russische Öffentlichkeit dazu auf, die Aufstellung von Stalindenkmälern nicht zuzulassen, weder in Wolgograd noch sonst wo auf unserer Erde. Ein Stalindenkmal hat im 21. Jahrhundert keinen Platz!

Übersetzt von Jens Siegert, Moskau

Quelle: http://www.boell.de/de/05_world/3262.html

Ideologie des Zynismus

Alexander Daniel, Memorial

Nach einer vierzehnjährigen Pause wird die Geschichte in Russland wieder zu einem interessanten Diskussionsfeld. Einer der von Präsident Putin zur Schaffung eines bürgerlichen nationalen Bewusstseins gewählten strategischen Vektoren ist zweifellos die Wiederherstellung der nationalen Identität durch Geschichte. Genau das, davon bin ich zutiefst überzeugt, ist der Grund seiner Wahlerfolge und auch der Niederlage seiner demokratischen Gegner, von denen die einen das Publikum davon zu überzeugen versuchten, dass das Jahr 1991 direkt auf das Jahr 1913 folgt, und andere wiederum meinten, dem historischen Bezug im nationalen Bewusstsein keine Aufmerksamkeit schenken zu müssen.

Ich bin zutiefst mit Putin einig, dass das historische Gedächtnis ein wichtiger, wenn nicht gar der Hauptbestandteil eines jeden nationalen Projekts ist, das den Anspruch hat, das Land wiederzugebären. Nun ist es allerdings so, dass der Putinismus von Jahr zu Jahr aggressiver versucht, Russland eine verschlankte Variante der spätsowjetischen historischen Mythologie aufzuzwingen, eine Version, die nur vom marxistischen Jargon (im Übrigen begann die Phase der „Modernisierung“ schon unter Stalin und wurde erfolgreich unter Breschnjew fortgesetzt) gesäubert und ein wenig mit den traditionellen Großmachtskomplexen des vorsowjetischen Russischen Imperiums angereichert. Zusammen mit diesen Mythen erwachen erneut auch die Wertekriterien längst vergangener Epochen, für die moderne Welt im Übrigen völlig unbrauchbare Mythen.

Schritt für Schritt von den Lehrbüchern für Hochschulen über Schulbücher bis zu offiziellen Reden wird eine offizielle Version der sowjetischen Periode entwickelt, aus der alle Tragik herausgestrichen oder auf ein Minimum reduziert ist, alle Aussagen über Verbrechen des Staates gegen die Menschen überhaupt und mehr noch über Menschen, die sich dem Staat entgegengestellt haben. Der Wert des menschlichen Lebens, der Freiheit und die persönliche Würde eines jeden einzelnen werden erneut verdrängt und verlieren wieder jede Bedeutung bei der gesellschaftlichen Bewertung historischer Ereignisse; Heimtücke, Verrat, Niedertracht und Grausamkeit werden erneut gerechtfertigt, solange sie im Namen des Imperiums geschehen sind. Darin liegt wohl die Putinsche Neuerung historischer Wertungen: Unter Breschnjew zog man es vor, zynische und

moralisch zweifelhafte politische Entscheidungen und Handlungen zu beschweigen, unter Putin werden sie aufs Schild gehoben.

Die tragende Konstruktion des wiedergeborenen historischen Mythos besteht so oder so aus mit dem Großen Vaterländischen Krieg verbundene Ereignissen. Hier berühren sich die seit 1945 und dann besonders zwischen 1965 und 1985 ausgearbeiteten sowjetischen Mythologeme mit den wirklichen Erinnerungen des Volkes an die tragischsten Ereignisse in der russischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Heute, im Jahr 2005, ist dieser Krieg der einzige, bei dessen Nennung niemand in Russland ein Adjektiv zur näheren Beschreibung benutzt. Er ist kein „finnischer“, kein „afghanischer“ und kein „tschetschenischer“, sondern einfach nur „der Krieg“. Dieser Krieg wird nun wieder zum Gegenstand groß angelegter politisch-propagandistischer Spekulationen.

Für die Hoffhistoriker sowohl der breschnjewschen als auch der putinschen Epoche ist der Krieg in erster Linie ein „Heldenepos des sowjetischen Volkes“. Dabei verwandelt sich das Heldentum des Volkes wunderbar in Verdienste der Staatsmacht. Es wird auf den Staat übertragen als ob dieser das Volk verkörpere. In der breschnjewschen Variante waren das Partei und Regierung, in der putinschen ist das der ewige und große russische Staat.

Das ist natürlich eine glatte Lüge. Das Heldentum des Volkes zeugt gerade von der entgegengesetzten Rolle des Staates in der Geschichte des Krieges. Das Heldentum ist die blutige Währung, mit der die Menschen für die Fehler und Verbrechen der politischen Führung und für die Inkompetenz und Talentlosigkeit der Militärführung bezahlen mussten, allerdings in erster Linie für die Fehler der politische Führung, denn die Talentlosigkeit letzterer geht auf das Gewissen ersterer.

Die Standhaftigkeit, der Mut, die Heldentaten und, weiter gefasst, das Heldentum der Menschen in den Jahren des Kriegs ist das Eigentum dieser Menschen und nur sie haben das Recht auf diesen Besitz stolz zu sein (obwohl sie ja in der Regel gerade nicht dazu neigen, ihn auszustellen). Sich fremdes Eigentum auf dem Schlachtfeld nach dem Ende des Kampfs anzueignen, dafür gibt es in der russischen Sprache einen besonderen Ausdruck – Plündererei. Für die Aneignung durch diejenigen, die die Verantwortung für den Tod und das vergossene Blut der Soldaten tragen, hat die russische Sprache keinen besonderen Ausdruck. Dafür, den angeeigneten fremden Besitz für Ziele zu nutzen, die denjenigen, für die die Menschen umkamen gerade entgegengesetzt sind, gibt es, denke ich, in keiner Sprache der Welt einen Ausdruck.

Ist die Erinnerung an den Krieg ein Grund für nationalen Stolz? Ja. Für Millionen von Menschen bedeutete die Teilnahme am Krieg die Teilnahme am Schutz des Landes vor dem Einfall von Fremden, die ohne Zweifel vorhatten, sie zu versklaven. Und diese Menschen haben das Recht, auf ihren Beitrag zur Vertreibung der Besatzer stolz zu sein. Ich denke, für viele war dieser Krieg Teil des Zweiten Weltkriegs, des Kampfs der Menschheit mit dem Nazismus, das heißt mit Ideologie und Praxis des absoluten Bösen. Und diese Menschen haben das Recht auf ihre Teilnahme am antifaschistischen Krieg und ihrer Rolle bei der Befreiung Europas von Hitler stolz zu sein. Aber dieses Recht stolz zu sein haben sie, nicht der Staat, für den sie alle, die Umgekommenen und die Überlebenden, keine Bürger waren und bleiben, sondern Untertanen; der Staat also, der ihren Mut, ihre Leiden und ihr Sterben als Opfer für sich selbst ansah, als einen Tribut, den der einzelne Mensch nicht das Recht hat dem Moloch zu versagen.

(...)

Für uns kann und darf der Zweite Weltkrieg kein „Heldenepos“ werden. Für uns ist die Erinnerung an den Krieg in erster Linie die Erinnerung an Zigmillionen gewaltsamer Tode, an zerstörte Familien und verstümmelter Schicksale. Das ist die Erinnerung an Rotterdam und Coventry, an Dresden und Hiroshima. Das ist die Erinnerung an die vernichteten Juden und Zigeuner – aber auch an die deportierten Völker des Nordkaukasus und der Krim. Das ist die Erinnerung an Auschwitz und Mauthausen – aber auch an die schrecklichen Kriegswinter in den Lagern des GULAG. Das ist die Erinnerung an die Niederlage des Jahres 1941, die schlimmste Niederlage, die Russland seit dem Mongoleneinfall zu erleiden hatte, eine Niederlage, zu der Russland durch die Vorkriegspolitik der eigenen Führung verurteilt worden war. Das ist die Erinnerung an Verrat, dem ganze Völker zu Opfer fielen: an den Verrat von München vom September 1938, an den Moskauer Verrat vom August 1939 und an den Verrat von Jalta im Februar 1945. Das ist die Erinnerung an das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen nicht nur während des Kriegs, sondern auch nach

ihrer Rückkehr in die Heimat. Das ist die Erinnerung an Dutzende „kleine Kriege“, die durch den großen Krieg von 1939 bis 1945 geboren wurden, aber noch Jahre nach seinem Ende weitergingen: in Polen, in Jugoslawien, in Griechenland, im Baltikum, in der Ukraine und in Indochina. Jeder dieser kleinen Kriege zerbrach ebenso die Leben derjenigen, die in ihn auf der einen oder anderen Seite hineingezogen wurden, schon nicht im Namen des Kampfs mit dem Nazismus, sondern nationaler, ideologischer und politischer Ambitionen wegen. Das ist die Erinnerung daran, wie die politischen Führer der UdSSR unsere Armee, die gerade noch Osteuropa von Hitler befreit hatte, in einen Gefängniswärter für die von ihr befreiten Völker verwandelten.

Übrigens August 1939: Vor kurzem gab der russische Präsident einem slowakischen Fernsehsender ein Interview. Als das Gespräch auf den Molotow-Ribbentrop-Pakt kam, erwähnte unser Staatsführer das Münchner Abkommen, das diesem Pakt vorausgegangen war, und sagte wörtlich:

„Um ihre Interessen zu wahren und die Sicherheit ihrer westlichen Grenzen zu sichern ging die UdSSR auf den Molotow-Ribbentrop-Pakt mit Deutschland ein.“

Das hört sich an wie: Was blieb Stalin schon anderes übrig?

Da könnte man vieles einwenden. Zum Beispiel, dass es wirklich Parallelen zwischen dem Münchner und dem Moskauer Abkommen gibt, aber auch grundlegende Unterschiede.

Erstens: England und Frankreich haben tatsächlich die Tschechische Republik verraten, aber sie hatten genug Verstand, sich für diesen Verrat nicht auch noch mit Territorialgewinnen zu belohnen. Das geheime Zusatzprotokoll zum Pakt vom 23. August 1939 machte die UdSSR aber faktisch zum Komplizen Hitlers bei der Teilung Polens und öffnete im Weiteren den Weg zur Annexion der baltischen Länder (letzteres hat Putin, das muss man anerkennen, ehrlich in seinem Interview erwähnt).

Zweitens: Die politischen und rechtlichen Folgen des Münchner Abkommens wurden sofort nach dem Krieg rückgängig gemacht; die Folgen des Pakts vom 23. August dagegen wurden endgültig erst 1991 ausgeräumt und die Erinnerung an diese 52 Jahre belasten bis heute unser Verhältnis zu den benachbarten baltischen Ländern sehr (und zu Polen natürlich auch).

Drittens und wohl am wichtigsten: Nicht ein britischer oder französischer Politiker bei klarem Verstand und mit gutem Gedächtnis würde es heute wagen, das Münchner Abkommen mit der Wahrung nationaler Interessen und Sicherheit zu rechtfertigen.

Kann es sein, dass Wladimir Putin ehrlicher und offener ist als seine westlichen Freunde? Nein, eher umgekehrt: Er denkt wirklich, dass für den Staat die Wahrung seiner Interessen und die Sicherheit seiner Grenzen einen höheren Wert haben als alle möglichen idealistischen Überlegungen, die in der Politik keinen Platz haben. Ende der 30er Jahre dachten und handelten so viele: Stalin und Hitler ebenso wie Chamberlain, Mussolini und Daladier. Was die heutigen Staatsmänner in der Welt für sich denken, weiß allein Gott, aber öffentlich spricht solche Dinge allein Wladimir Putin aus.

Mir bleibt nur, unserem Präsidenten eine einzige Frage zu stellen. Und ich bemühe mich, das in einer für uns beide verständlichen Sprache zu tun.

Der Molotow-Ribbentrop-Pakt, so sagen Sie, wurde von der UdSSR abgeschlossen, „mit dem Ziel, ihre Interessen und die Sicherheit ihrer westlichen Grenzen zu wahren“?

Und? Hat es geklappt?

Übersetzt von Jens Siegert, Moskau

Der Artikel ist auf Russisch bei [polit.ru](http://www.polit.ru) erschienen: <http://www.polit.ru/author/2005/03/23/cinism.html>

Auf deutsch findet er sich auf der Seite „[demokratie-in-rusland.de](http://www.boell.de)“

http://www.boell.de/de/05_world/3262.html

Chronik

Vom 14. bis zum 21. April 2005

14.4.2005	Putin bringt Vorschläge für die Reform des Wahlrechts in die Duma ein. Diese beinhalten eine Ergänzung zum neuen Parlamentsgesetz, wonach künftig alle 450 Sitze in der Staatsduma über Parteilisten vergeben werden. Ferner sieht der Entwurf eine Sieben-Prozent-Hürde vor. Kleinere Parteien dürfen dabei keine gemeinsamen Listen für Wahlen aufstellen. Die Parteienfinanzierung für Parteien, die im Parlament vertreten sind, soll um das Sechsfache auf insgesamt 600 Millionen Rubel steigen.
15.4.2005	Die Legislative des Autonomen Bezirks der Korjaken bestätigt auf Vorschlag von Präsident Putin Oleg Koshemjako als Gouverneur. Koshemjako nimmt das Amt seit Anfang März in Stellvertretung wahr, nachdem Putin seinen Vorgänger, Wladimir Loginow, entlassen hatte.
15.4.2005	Die Stadtverwaltung von Wolgograd nimmt das Angebot des Bildhauers Zereteli an, eine Skulptur der "Großen Drei" – Stalin, Churchill, Roosevelt – in der Stadt aufzustellen.
15.4.2005	Föderale Truppen töten in der Nähe des Flughafens von Grosny vier Guerillakämpfer und erbeuten zwei tragbare Luftabwehrsysteme „Strela“. Föderale und loyale tschetschenische Truppen stürmen in Grosny eine Wohnung und töten fünf Guerillakämpfer. Dabei werden auf russischer Seite fünf Angehörige der Spezialeinheit „Vypel“ getötet.
16.4.2005	Russische und westliche Medien berichten, dass ein Angehöriger des russischen Generalkonsulats in Hamburg nach Russland zurückgekehrt ist, nachdem ihm deutsche Stellen Spionage vorgeworfen haben.
17.4.2005	Bei einem Referendum über den Zusammenschluss der Autonomen Bezirke der Ewenken und der Dolganen und Nenzen von Taimyr mit der Region Krasnojarsk sprechen sich in Taimyr fast 70%, bei den Ewenken 79% und in Krasnojarsk über 92% der Wähler für eine Zusammenlegung aus.
18.4.2005	Das Regionalparlament des Gebiets Tscheljabinsk wählt auf Vorschlag Putins den amtierenden Gouverneur Pjotr Sumin für eine weitere Amtszeit. Auch in Kostroma schlägt Putin den amtierenden Gouverneur, Viktor Scherschunow, zur Wiederwahl vor.
18.4.2005	Im Bezirk Wedeno (Tschetschenien) führen russische Spezialkräfte, tschetschenische Miliz und der Sicherheitsdienst Ramsan Kadyrows, insgesamt etwa 2.000 Mann, mit Unterstützung schwerer Waffen eine Säuberungsaktion in der Umgebung des Dorfs Dyschne-Wedeno durch. Im Verlauf der Kämpfe werden sieben Guerillakämpfer getötet und zahlreiche Waffen erbeutet.
18.4.2005	In Sankt Petersburg gibt eine Gruppe junger Aktivisten die Gründung einer Jugendorganisation bekannt, die sich „opritschniki“ nennt und sich zur Eurasischen Bewegung von Alexander Dugin bekennt. Der Begriff „opritschniki“ stammt aus der Zeit Iwans IV. „des Schrecklichen“.
19.–20.4.2005	Die US-Außenministerin Condoleezza Rice führt in Moskau Gespräche mit Präsident Putin und ihrem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow.
19.4.2005	Das Moskauer Arbitragegericht, das für Wirtschaftsverfahren zuständig ist, beschlagnahmt auf Antrag von Juganskneftegaz, das jetzt in Hand des Mineralölunternehmens Rosneft ist, alle Aktiva des Konzerns Jukos.
20.4.2005	Die Duma verabschiedet anlässlich des 60. Jahrestages des Kriegsendes einstimmig eine Amnestie für Veteranen des 2. Weltkrieges.
20.4.2005	Auf Vorschlag Putins bestätigt das Regionalparlament von Kemerowo Amangeldy Tulejew für eine weitere Amtszeit als Gouverneur.
20.4.2005	In der Nähe von Saratow werden vier vermisste Soldaten erhängt aufgefunden. Die Hintergründe sind unklar. Die vier Soldaten waren am Tag zuvor wegen eines Autodiebstahls von der Staatsanwaltschaft verhört worden.
21.4.2005	Auf dem Stützpunkt der tschetschenischen Sonderpolizei OMON in Grosny explodiert ein LKW. Der Wagen war von Guerillakämpfern zurückgelassen und von der Polizei zur Untersuchung in den Stützpunkt überführt worden. Bei der Explosion wird ein Angehöriger der OMON getötet, vier werden verletzt.
21.4.2005	Sitzung des NATO-Russlandrates auf Außenministerebene in Wilna.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2005 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

Lesehinweis

Inhaltsverzeichnis von Osteuropa Heft 4–6 April–Juni 2005



osteuropa

55. JAHRGANG/HEFT 4–6/APRIL–JUNI 2005



Kluffen der Erinnerung

Rußland und Deutschland 60 Jahre nach dem Krieg

<i>Editorial</i>		5
<i>Harald Welzer</i>	Die Gegenwart der Vergangenheit Geschichte als Arena der Politik	9
<i>Aleksandr Boroznjak</i>	Erinnerungsschübe Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik Deutschland	20
<i>Helmut König</i>	Vom Beschweigen zum Erinnern Shoah und 2. Weltkrieg im politischen Bewußtsein der BRD	33
<i>Maria Ferretti</i>	Unversöhnliche Erinnerung Krieg, Stalinismus und die Schatten des Patriotismus	45
<i>Lev Gudkov</i>	Die Fesseln des Sieges Rußlands Identität aus der Erinnerung an den Krieg	56
<i>Andreas Langenohl</i>	Staatsbesuche Internationalisierte Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in Rußland und Deutschland	74

<i>Vladyslav Hrynevyč</i>	Gespaltene Erinnerung Der Zweite Weltkrieg im historischen Bewußtsein der Ukraine	88
Erinnerungsfacetten		
<i>Jörg Echternkamp</i>	Die „deutsche Katastrophe“? Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in Deutschland	105
<i>Joachim Hösler</i>	Aufarbeitung der Vergangenheit? Der Große Vaterländische Krieg in der Historiographie der UdSSR und Rußlands	115
<i>Wolfram Wette</i>	Hitlers Wehrmacht Etappen der Auseinandersetzung mit einer Legende	127
<i>Jörg Ganzenmüller</i>	Nebenkriegsschauplatz der Erinnerung Die Blockade Leningrads im Gedächtnis der Deutschen	135
<i>Il'ja Al'tman</i>	Shoah: Gedenken verboten! Der weite Weg vom Sowjettabu zur Erinnerung	149
<i>Michail Ryklin</i>	Deutscher auf Abruf Vom <i>Schwarzbuch</i> zur <i>Jungen Garde</i>	165
<i>Richard Chaim Schneider</i>	Vergangenheitsbewältigungsrituale Die Rückkehr der toten Juden und das Verschwinden der lebenden Juden: Ein analytisch-polemischer Versuch	178
<i>Ol'ga Nikonova</i>	Das große Schweigen Frauen im Krieg	186
<i>Franka Maubach</i>	Als Helferin in der Wehrmacht Eine paradigmatische Figur des Kriegsendes	197

<i>Beate Fieseler</i>	Arme Sieger Die Invaliden des Großen Vaterländischen Krieges	207
Erinnerungsorte		
<i>Boris Dubin</i>	Goldene Zeiten des Krieges Erinnerung als Sehnsucht nach der Brežnev-Ära	219
<i>Il'ja Kukulin</i>	Schmerzregulierung Zur Traumaverarbeitung in der sowjetischen Kriegsliteratur	235
<i>Klaus Städtke</i>	Leben und Schicksal Zur Erinnerung an Vasilij Grossmans Roman	257
<i>Volker Hage</i>	Verschüttete Gefühle Wie die deutschen Schriftsteller den Bombenkrieg bewältigten	265
<i>Dorothea Redepenning</i>	Ricorda cosa ti hanno fatto in Auschwitz Musik gegen Gewalt und Krieg	281
<i>Hanno Loewy</i>	Bei Vollmond: Holocaust Genretheoretische Bemerkungen zu einer Dokumentation des ZDF	308
<i>Neja Zorkaja</i>	Kino in Zeiten des Krieges Visualisierungen von 1941 bis 1945	319
<i>Isabelle de Keghel</i>	Ungewöhnliche Perspektiven Der Zweite Weltkrieg in neueren rußländischen Filmen	337
<i>Natal'ja Konradova, Anna Ryleva</i>	Helden und Opfer Denkmäler in Rußland und Deutschland	347
<i>Natalija Danilova</i>	Kontinuität und Wandel Die Denkmäler des Afghanistankrieges	367

Erinnerungswege

<i>Aleksej Levinson</i>	Gerechte Kriege Krieg und Land als ethische Kategorien	387
<i>Pavel Poljan</i>	Sieg nach Plan Das Organisationskomitee <i>Pobeda</i> und die Folgen	394
<i>Georgij Ramazašvili</i>	Geschichtstreuer als Beruf Das Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums	407
<i>Irina Ščerbakova</i>	Landkarte der Erinnerung Jugendliche über den Krieg	419
<i>Irina Pruss</i>	Omas und Enkel Ein anderer Blick auf die Sowjetgeschichte	433
<i>Žanna Kormina, Sergej Štyrkov</i>	Niemand und nichts ist vergessen Die Okkupation in mündlichen Zeugnissen	444
<i>Gabriele Freitag</i>	NS-Zwangsarbeit – 60 Jahre später Die Arbeit der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“	462

Rezensionen

<i>Andrej Angrick</i> : Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941–1943	<i>Christoph Mick</i>	477
<i>Klaus-Michael Mallmann, Volker Rieß, Wolfram Pyta</i> , Hg.: Deutscher Osten 1939–1945. Der Weltanschauungskrieg in Photos und Texten	<i>Jörg Ganzenmüller</i>	478
<i>Jan Lipinsky</i> : Das Geheime Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 und seine Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte von 1939 bis 1999	<i>Christoph Mick</i>	479
<i>Andreas Hilger, Mike Schmeitzner, Ute Schmidt</i> , Hg.: Sowjetische Militärtribunale, Bd. 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955	<i>Peer H. Lange</i>	480
<i>Bogdan Musial</i> , Hg.: Sowjetische Partisanen in Weißrußland. Innenansichten aus dem Gebiet Baranovici	<i>Petra Rentrop</i>	481

Abbildungen		483
--------------------	--	-----

Abstracts		485
------------------	--	-----